

Neue Tageszeitung

Die 'Neue Tageszeitung' wohnt jeden Wochentag, Regelmäßige Beilagen 'Der Bauer aus Bessen', 'Die Spinnkammer', Bezugspreis: Bei den Postämtern vierteljährlich M. 2,70 Hinzu tritt noch das Beleggeld; bei den Käufern monatlich 1,00 M., einschließlich Tragelohn. Anzeigen: Grundzüge 20 Sp., totale 20 Sp., Anzeigen von auswärtig werden durch Postnachnahme erhoben. Erschließungsort: Kriegerdenkmal, Schriftleitung und Verlag: Friedrichberg (Hessen), Postanweisung 12, Fernsprecher 48, Postfach-Los Nr. 4839, Amt Fernschrift a. M.

Heber 10 1/2 Milliarden.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die zum Umtausch gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Teilanleihen haben noch aus, so daß sich der Gesamtrest noch etwas höher stellen dürfte. Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenigstens an die Ergebnisse der vorangehenden Anleihen erklärlicherweise nicht herabgesetzt, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden.

Begeisterung in Wien.

Wien, 12. Nov. Wien ist in gehobener feierlicher Stimmung, alle Behörden, Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Die Demonstration der Massen über die Ringstraße zu dem Vertretungsvollzug hat in musterhafter Ordnung. Die feierliche Proklamierung der Republik und der Anschluß an Deutschland unter Führung der Nationalflagge entfielten große Begeisterung. Das Empfinden herrscht vor, daß der Anschluß an Deutschland, Tschechoslowakei und Deutsch-Oesterreich vor der imperialistischen Tyrannei rettet und auch Deutschland hilft. Man glaubt infolge des Uebergreifens der Revolutionswelle auf die Entengeldner nicht mehr an die Ausföhrung der grausamen Waffenstillstandsbedingungen.

Siebenbürgen gegen Rumänien.

Wien, 12. Nov. Der Nationalrat der zweieinhalb Millionen Siebenbürger, beschloß sich dem Einmarsch der Rumänen demselbst zu widersetzen und auch der selbstmörderischen Politik der Károlyi-Regierung den Gehorsam aufzusagen.

Ein Putz der roten Garde.

Wien, 12. Nov. Um 3 1/2 Uhr führten rote Garbisten und Arbeiter das Parlament mit Gewehrschüssen, Fackeln und Tüchern wurden zerstreut. Rote Garbisten drangen in die Halle ein und leiteten blutige ihre idarischen Schüsse in die einzelnen Gänge hinein. Sie drangen bis zum Herrenhaussaal vor, wo sich die deutsch-österreichische Nationalversammlung zur Beratung zusammengefunden hatte und riefen diese auseinander. Gegen 5 Uhr waren die Gewehrschüsse verstummt. Die roten Garbisten wurden im Innern des Parlaments aufgeschossen. Es ist wieder Ruhe eingetreten. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Das Parlament ist von tausenden von Menschen umlagert.

Verbot vorzeitiger Entlassung von Kriegsgefangenen.

Es ist vorgekommen, daß Arbeitgeber von ihnen bis jetzt künftige Kriegsgefangene ohne weiteres in die Gefangenenerlager zurückgebracht haben, obwohl sie von zukünftiger Stelle angewiesen worden waren, diese unter allen Umständen bis zum Ablauf durch die Lager weiter zu behalten. Dies kann wegen der bei einem solchen Verfahrensunausschließlichen Ernährungs- und Transportverhältnissen und wegen Ueberfüllung der Lager nicht gebilligt werden. Alle Arbeitgeber von Kriegsgefangenen haben daher diese selbst wenn sie augenblicklich unbeschäftigt sind — bis zum Ablauf durch die Injektionen der Kriegsgefangenenlager oder die Lager in der keltischen Welle weiterzubalten, zu bewachen und zu verpflegen, vorübergehend nachträglicher Regelung etwaiger Erlaßgesetze für gemehrte Verpflegung usw. durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager. Zamberehandlung werden von dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verantwortung gezogen werden.

Nachrichtenantrag des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die erste Sitzung des Soldatenrats.

Der Soldatenrat tagte am Montag zum ersten Male im Reichstagsgebäude. Dem Verichte der 'Nat. Ztg.' entnehmen wir folgende Einzelheiten: Sämtliche Mitglieder des Sitzungsraumes waren von Soldaten besetzt, während die Tribünen unbenutzt geblieben waren. Vor dem Vult des Präsidenten war ein rotes Tuch gespannt, die Schriftführerhelfer hatten Soldaten eingearbeitet, die Wände für die Bundesratsmitglieder waren leer und auch die für die Staatssekretäre reservierten Plätze waren bis auf einen unbenutzt; auf ihm saß Ledebour. Der Abg. Cohn eröffnete die Sitzung und erklärte auf Gegenrufe, er sei als Vorsitzender nichts anderes als ein Kamerad unter Kameraden und nicht Parteimann. Einmal Redner war der frühere Hauptmann v. Behrfeld; er führte u. a. aus: Schlägt mir den Kopf ab, wenn ich es dumme mache, aber es dreue an allen Seiten und mir

müssen darum eilig sein! Der Arbeiter- und Soldatenrat muß diktorisch die Vollzustand in die Hand nehmen und nur so können wir aus dem Elend, das uns bedroht, herauskommen. In heftig erregter Stimmung berichtete der Redner über ein von dem Grafen Károlyi aus Hungen eben eingetroffenes Telegramm, in dem der ungarische Ministerpräsident erklärt, mit uns durch Tod und Damm auf das große Ziel der Volkserrettung gehen zu wollen.

Gegen den nächsten Redner Ledebour erhob sich heftiger Widerspruch, er sagte u. a.: Wir müssen uns gegenseitig näherkommen. Ich möchte dringend davor warnen, Nebenorganisationen zu gründen, das führt zur vollkommenen Desorganisation. Die einheitliche Organisation darf nicht gestört werden. Es wäre ein Verbrechen, Arbeiten Sie nicht der Reaktion in die Hände. (Zurückes Bravo.)

Der frühere Kriegserklärer Colli-Koch begann mit der 'Ausscheidung', daß Offiziere und Mannschaften einzeln sind. Er sagte dann: Die Gefahr in Berlin ist nicht die Reaktion, sondern der Bürgerkrieg. So weit sind wir durch die Unfähigkeit der Volkspartei gekommen. Sie haben das deutsche Volk in die größten Gefahren gestürzt. Wir wollen keine Parteipolitik (Schwäbische Bräuererei). Ihr habt die Macht, die Vorteilpolitik heute noch zu erhalten. Nehmt noch! Es handelt sich nicht um Sozialdemokratie und Unabhängigkeit, in denen es wieder Spaltungen gibt. Die Spaltungen führen uns rettungslos ins Chaos. (Schwäbische Bräuererei.) Die Gefahr, daß wir gegeneinander gehetzt werden, ist groß genug. Wir müssen denen vertrauen, die die Revolution vorbereitet haben. Wir, die wir draußen waren, konnten es ja nicht. Wir kamen aber jeder im richtigen Moment zurück. Mich kennen Sie ja aus meinen Schilderungen. (Zurück.) Sie wollen doch immer weiter kämpfen in Ihren Kreisen! Da dieser Zwischenruf geflossen ist, muß ich Dinge erzählen, die ich bisher verschwiegen habe. Im August bin ich an Ludendorff herangetreten und habe ihm nachzuweisen versucht, daß es aus ist mit uns, daß alles zusammenbricht. Man hat mir nicht geglaubt. Noch in den letzten Wochen habe ich beim Reichskanzler vorgelesen und habe ihm die Lage unserer Truppen genau auseinandergesetzt. Es war alles vergebens. Schon in der ersten Nacht war die Gefahr, daß Soldaten gegeneinander gehetzt werden. Kommt es nicht zur absoluten Einigkeit unter den Soldaten, dann tritt der furchtbare Fall ein, daß die Entente mit uns überhaupt keinen Frieden schließt, daß sie bei uns einmarschieren und Teile unseres Landes auch im Innern okkupieren. Das wollen wir nicht. (Stille, minutenlanges Schweigen.)

Der Soldat Specht bemerkte u. a.: Wenn sich Uneinigkeit in unseren Reihen zeigen sollte, wird es binnen 24 Stunden zum Marodeert kommen. (Zurückruf: 'Ja, ja!') Soldat Göttsch in sagte: Wir müssen die Garantie haben, daß jeder einzelne vollständig auf dem Boden der loyalen Revolution steht. Und keiner der Gewählten darf sich bei dieser Arbeit von persönlichen Stimmungen leiten lassen. Ich schlage deshalb vor die getrennten Gewählten ein bloß wieder zu wählen. Der Soldat Walz erklärte, daß um 3 Uhr nachmittags die jedes neuen Mitarbeiter eine Beratung im Reichstagsgebäude mit dem Arbeiter- und Soldatenrat haben. Schon aus diesem Grunde müßte die Versammlung bald geschlossen werden. Soldat Weiskamp verlangte, daß jeder der Gewählten sich mit einigen Worten der Versammlung vorstelle und seine Ziele zu erkennen gebe. Der Vorsitzende schloß sich diesen Ausführungen an und bestrickerte den Schluß der Debatte. Es wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, Nummer traten die einzelnen Delegierten vor und lasen in wenigen Worten, was sie bisher geleistet und was sie im Kriege vollbracht hätten. Gegen 3 1/2 Uhr wurde die Versammlung beendet.

Bildung von Bauernräten.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Die neue deutsche Reichsregierung ruht Hermit alle Schritte der ländlichen Bevölkerung ohne Unterlass der Vertretung zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten auf, um die Volksernährung die Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die ländlichen Genossenschaften zur Sicherung der Volksernährung auf das absolute Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen als die beste bürokratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgelebte Ernte- und Gemeinbewirtschaften dazu beiträgt, daß Schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmenge zur Sicherung der Volksernährung bereit gestellt werden, je weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selbst in der Hand, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufenen in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Stadt

zurückflutenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmenge das sicherste Schutzmittel vor Störungen von Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungehörten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhang müßte die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, um das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transportschwierigkeiten oder andere Umstände Störungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen. Aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgemeinschaft muß die ländliche Bevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen. Erzieherweise weisen haben die künftigen Organisationen der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorhaben an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewandt und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Jetzt gilt es schnell zu handeln, jede Passivität aufzuheben und in freiwilliger gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungernot über den Einzelnen und über die Volksgemeinschaft heraufbeschwären muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande! Bildet unverzüglich Bauernräte!

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert, Haase, Landsberg, Scheidemann, Vorß, Dittmann.

Zur inneren Kolonisation.

Berlin, 12. Nov. In der 'Deutschen Tageszeitung' erloschen eine Reihe von Großgrundbesitzern der Kemmer einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß im Interesse der Volksernährung eine sorgsame Erhaltung eines Teiles des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes notwendig sei. Aber dann wird in dem Aufrufe geltend gemacht, daß eine wesentliche Vermehrung der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe unbedingt erforderlich sei. In diesem Zweck sei die Aufteilung eines Teiles des landwirtschaftlich benutzten Großgrundbesitzes notwendig, vor allen Dingen auch deshalb, um die unrentierbaren arbeitstüchtigen Menschen auf besserer Scholle anzubringen. Die Städte und die Industrie können nicht so viele Leute aufnehmen, wie durch das Ende des Krieges frei werden. Darum fordern die erwähnten Großgrundbesitzer zu einer großzügigen inneren Kolonisation auf und zur freiwilligen Vergabe von Großgrundbesitzern zu möglichen Preisen, um auf diesem Lande die Anwerbung von Bauern, Handwerkern und freien Arbeitern ins Werk zu setzen.

Wilson über die Aufgaben nach dem Frieden.

Präsident Wilson hat im Kongress eine Rede gehalten, über die das Reichliche Telegraphenbureau auszugswweise folgenden dreizehnten Bericht gibt:
Washington, 12. Nov. (WB.) Dreizehnten Wilson hielt im Kongress eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewaffnete Imperialismus und die Militaristen Deutschlands, die herein und aus eigener Macht den Frieden der Welt hätten können, sind vernichtet. Bismarck als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt haben sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden anzuhängen, der die Schlacht der Welt noch unheimlicherer Geschicklichkeit betriebligen wird, und der im Vergleich bestehen soll, die auf viel bessere und dauerhaftere Grundlage aufgebaut sein werden, als den weltlichen und konfliktierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der kriegsigen Regierungen hat sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kongressrates in Versailles versicherten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebensmitteln und Verpflegung das Elend zu erleichtern. Es sollen weiter Schritte getan werden, um diese Unterstützungen maßregeln in systematischer Weise zu organisieren wie es im Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des benachbarten Schiffsraums der Mittelmächte soll es sobald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker vor vollständiger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es bei Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberstellen, mit welcher Mäßigkeit, daß ihre Autorität von Dorer kein wird? Hier liegt der Grund für seine geringen Sorgen und Befürchtungen.

die in dem Besetzungsbefehl angegebene Zahl der Tiere mit der Zahl der abgetriebenen übereinstimmt.

a) Die Vorzüge für die Weidewirtschaft werden den Bürgermeistern von dem Viehhändlerverband in Aussicht gestellt. Die Bürgermeister haben von jeder Weidewirtschaft eine Weidewirtschaft auf dem, in dem Besetzungsbefehl des Formulars zurückzubehalten. Die Weidewirtschaft sind den mit schriftlicher Ermächtigung versehenen Beauftragten des Viehhändlerverbandes jederzeit zur Einsicht vorzulegen und mit den Weidewirtschaften des Viehhändlerverbandes nach Verzicht der darin enthaltenen Vorzüge zurückzugeben.

b) Bei Schafzucht eine Weidewirtschaft, die den Besetzern der Herde vom Viehhändlerverband für die Zeit von je 3 Monaten unter Angabe der Zahl der getriebenen Schafe auszustellen wird.

c) In allen übrigen Fällen der Erlaubnisbescheinigung zum Erwerb oder zur Veräußerung, oder der Erlaubnisbescheinigung zur Aufnahme von Hefen, oder aus einer Provinz Hefen in eine andere.

Zu a, b und c: Der Treiber oder Weidewirtschaftler hat den Besetzungsbefehl mit sich zu führen und den mit schriftlicher Ermächtigung versehenen Beauftragten des Viehhändlerverbandes und den Polizeibeamten auf Verlangen vorzulegen.

2. Zur Förderung auf der Eisenbahn tritt als Beförderungsmitglied ein vom Viehhändlerverband abgetriebener Stadtrichter. Die Beförderung geschieht durch einen Vermerk, der unter Angabe der Zahl und der Art der zu verladenden Tiere von dem damit beauftragten Beamten des Viehhändlerverbandes zu unterzeichnen und mit dem Amtsstempel des Viehhändlerverbandes zu versehen ist.

a) Handelt es sich um Vieh, das zur Schlachtung an die Semmelbäckerei des Viehhändlerverbandes oder von da verladen wird, so werden die dazu nötigen Stadtrichter von dem Beauftragten des Viehhändlerverbandes dem Verladenden aufzufordern übergeben. Der Beauftragte hat zu prüfen, ob die auf dem Stadtrichter angegebene Zahl der verladenden Tiere mit der Zahl der abgetriebenen übereinstimmt.

b) In allen übrigen Fällen tritt ein abgetriebener Stadtrichter von dem Viehhändlerverband gleichzeitig mit dem Erlaubnisbescheinigung zum Erwerb oder zur Veräußerung übergeben.

Nicht verwendete Stadtrichter sind im Falle a dem Beauftragten, im Falle b dem Viehhändlerverband zurückzugeben.

Darmstadt, Gießen, Mainz, den 8. November 1918.

Der Starkeburger Viehhändlerverband

Vallez

Der Oberhessische Viehhändlerverband

Dr. Rosenberg

Der Rheinische Viehhändlerverband

Dr. Weiling

Erweiterung der Kartoffelbelaugnahme.

Der Staatsminister des Reichsernährungsamtes hat unter dem 20. Oktober 1918 eine Rundverfügung an sämtliche Bundesregierungen erlassen, nach der eine erweiterte „Erfassung“ der Kartoffelbestände angeordnet wird. Begründet wird die Maßnahme mit einer eingetretenen Steigerung der Winterernte der Bedarfsverbände mit Kartoffeln. Dem Grund zu dieser Steigerung erblickt die Verfügung „sowohl in dem hohen Anstieg an Erntemengen, dann aber auch in einer Überlagerung der Kartoffelernte, die in einzelnen Teilen des Reiches nicht die erwarteten Erträge ergeben haben soll. Durch die zurückgebliebenen Lieferungen sollen einzelne Bedarfsverbände in Mitleidenschaft gezogen sein.“

Um nun die Einleitung des Winterbedarfes noch vor Eintritt der Frostperiode nach Möglichkeit sicherzustellen, hat der Staatsminister folgende Anordnung getroffen:

1. Die Kartoffel, wozu Kartoffeln, welche eine Mindestgröße von 1/2 Zoll (3,1 Zent.) nicht erreichen, verworfen werden dürfen, wird dahin abgemindert, daß die Mindestgröße auf 1 Zoll herabgesetzt wird.

2. Die sogenannte „Ausbeiselernte“, welche bei Durchführung der Umfragen der Reichsstatistikstelle den Erzeugern zunächst beizubehalten und bis auf 20 Prozent der Erntemenge gemessen war, wird auf 10 Prozent herabgesetzt. Die Entscheidung, ob diese verbleibenden 10 Prozent den Erzeugern zum unbedingten Verbrauch freigegeben werden können, bleibt vorbehalten.

3. Die Reichsstatistikstelle ist angewiesen, die den Brennereien für den Brennereibetrieb freigegebenen Kartoffeln in Höhe von 25 Prozent der freigegebenen Menge zur Deckung des Speisekartoffelbedarfes heranzuziehen, so daß den Brennereibetrieben zur Brennereizwecke nimmere sozial Kartoffeln beizubehalten werden, zur Herstellung von 67,5 Prozent des allgemeinen Durchschnittsbedarfes bei einem Verbrauchs von 18 Zentner für den Hektoliter reinen Alkohol erforderlich sind.

4. Von den den Traditionen und Stärkefabriken vorzüglich freigegebenen oder zugewiesenen Kartoffeln kann die Reichsstatistikstelle 500 000 Tonnen zur Deckung des Speisekartoffelbedarfes heranziehen.

Dies ist eine neue Verordnung, zu der sich der Staatsminister, wie es heißt, nur schweren Herzens entschlossen hat, wird in erheblichem Umfange als bisher in die Kartoffelbestände der Erzeuger eingegriffen. Ob das notwendig war, oder in diesem Umfange notwendig war, scheint uns aus der Begründung nicht recht hervorzugehen. Einmal wird für die Steigerung der Erzeugung der Woggenmann als Grund angeführt, dem wird aber nicht durch eine umfangreiche Erzeugung abgeholfen. Was nun den verminderten Ernteertrag anbelangt, so fragt es sich, ob man hier nicht auf geringerer Ablieferung auf kleineren Ertrag schließt.

Wenn im Oktober, insbesondere in der zweiten Hälfte Oktober, die Kartoffelernte nicht den Erwartungen entsprechen haben, so braucht man sich darüber noch Lage der Dinge doch nicht zu wundern. Die Landwirte waren vielfach mit der Bestellung noch zurück und sie haben das dann einsetzende günstige Wetter benutzt um zunächst einmal die Winterernte in die Erde zu bringen. Dann aber hat doch die allmählich auftretende Grippe die schon an sich schon schwierigen Arbeitsverhältnisse noch ungünstiger gestellt. Alles das hat naturgemäß die Kartoffelernte verzögert. Nach dem aber nunmehr die Bestellung in der Hauptlage erledigt sein dürfte und die Ernte im Rückzuge begriffen ist, wären die Lieferungen wohl auch ohne diese erweiterten „Erfassungen“ bald wieder flücker geworden, wenn nur für Verbringung der Arbeitskräfte auch aus städtischen Bevölkerungskreisen endlich gesorgt würde.

Die neuen Minister in Hessen.

Darmstadt, 11. Nov. Das neue Ministerium wurde heute folgendenmaßen zusammengesetzt: Finanzminister (Staatsminister) und Außenminister Ulrich, Leiter der Ministerialabteilung des Inneren Dr. Fuld (Soz.), Leiter der Ministerialabteilung des Ernährungswesens Reumann, Leiter der Ministerialabteilung der Justiz Hof Justizrat B. Brentano (Ztr.), Leiter der Ministerialabteilung für Finanzen Polizeidirektor Henrich (Korpsärz.), Leiter der Ministerialabteilung für Bildungswesen Prof. Ullrich (Korpsärz.).

Viehählung am 4. Dezember 1918.

Seit dem 1. März 1917 werden auf Veranlassung des Bundesrats vierteljährlich Viehzählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Beurteilung sowohl der Viehüberordnung wie der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Rindvieh, Schweine, Schafe, Enten, Gänse, Kanarienvögel, Fühner und zahme Kanarienvögel. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember d. J. stattzufinden. In dieser Zeit jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschluss eine allgemeine Viehzählung für Mittwoch den 4. Dezember d. J. angesetzt ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Anstellung und die Wiedereinstellung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

Aus der Heimat.

Friedberg, 14. Nov. (Ehrenvolle Berufung). Der Direktor des hiesigen Probierlaboratoriums, Herr Geh. Kirchenrat Professor Dr. H. Schödl, hat einen höchst ehrenvollen Ruf in den Dienst seiner württembergischen Heimatstadt erhalten und angenommen. Mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. wird er Prälat und Generalsuperintendent der Diözese Kempten mit dem Sitz in St. Gallen, als solcher ist er Mitglied der obersten Kirchen- und Schulbehörde. Wir beglückwünschen den in der evangelischen Gemeinde wie in der ganzen Stadt hochgeschätzten Mann herzlich zu der Ausscheidung; weilsch schwerlicher Verlust freilich sein Wonnepark an unserer Mittelschule, mag einer späteren Wiedergewinnung seines verdienstvollen Wirkens vorbehalten bleiben.

Proletariatsausgabe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Art der Proletariatsausgabe Änderungen eingetreten sind. Für die Zeile 1 und 2 werden die Karten im Lebensmittelausweis auszugeben. Die Ausgabe der Nummern von 646 an aufwärts des Bezirks 2 erfolgt am Nachmittag.

Oberrhein, 14. Nov. Der Wilhelmshändler Joh. Laas und seine Gattin Elisabeth nach Friedberg am 15. November in voller Mäßigkeit und Gesundheit das Fest der goldenen Hochzeit.

Aus Starkenburg.

Darmstadt, 11. Nov. Ein seltsames Treiben herrscht fortgesetzt an dem Eingang des streng bewachten, in den Innerräumen stark mit Wachposten besetzten und Geschützen versehenen Ständehauses. Auch auf der Gallerie des Sitzungssaales hat man ein Wachpostenregiment aufgestellt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hielt heute nur eine Sitzung ab, in der hauptsächlich die Wiedereinstellung der Offiziere zur Debatte stand, die viele sehr interessante Momente bot. Der Grundgedanke ist der, daß man nur solche Offiziere wieder einstellen will, die sich verpflichten, die Behandlung der Untergebenen im Dienste in loyalistischer Weise auszuüben und in keiner Weise gegen die Bewegung zu arbeiten. Heute vormittag waren sämtliche Offiziere, einschließlich der Kommandeure, welche sich der Bewegung angeschlossen haben, zu einer Besprechung der sog. Parole im großen Ausschusszimmer versammelt, und gab hier der gestern zum Kommandant der Stadt ernannte frühere Offizier-Stellvertreter Gläuser eingehende Anordnungen über den Wach- und Sicherheitsdienst. Die bisherigen Offiziere der Kommandantur versehen ihren Dienst weiter. Bisher haben sich nur wenige Offiziere gemeldet, auch fernerein ihren Dienst zu versehen. Wer von den Offizieren seinen Dienst verfehlt, soll auch seinen Lohn nicht erhalten. Von Interesse ist auch die Frage, was mit den Offizieren geschieht, die sich zur weiteren Mitarbeit erklärt haben, aber wegen ihres früheren Verhaltens von den Soldaten abgelehnt werden. In der Sitzung wurde u. a. noch bekannt gegeben, daß der Polizeidirektor Reinhardt sich mit seinem Beamtensparat bereit erklärt hat, den Polizeidienst weiter im Sinne der neuen Regierung zu übernehmen und werden nunmehr die Polizeibeamten den öffentlichen Sicherheitsdienst wieder ausüben. In den sog. Regierungssälen der zweiten Kammer tagten heute weiter die Mitglieder des am Freitag von der alten Ständekammer gewählten Staatsrates, um bei der Bildung der neuen Regierung mitzuwirken, während in einem

anderen Beratungszimmer sich die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion eingeladen hatten, um den Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates, das neue Ministerium zu bilden auszuführen. Zunächst wurde man dahin einig, nur einen Minister zu wählen, während die Leitung der anderen Ministerien, wie dies unter früheren Ministerien schon war, durch Ministerialdirektoren geleitet werden, die der Minister ernannt und die ihm unterstellt sind. Zum Staatsminister und Minister des Inneren wurde der bisherige Abg. Ullrich ernannt, von der sozialdemokratischen Partei treten weiter die bisherigen Abgeordneten Reumann für die Ernährung und Laas für die soziale Wohlfahrt und Landesarbeitsamt als Ministerialdirektoren in die neue Regierung ein. Die übrigen Minister sollten den hiesigen Parteien vorbehalten bleiben. Diese Frage hat aus verschiedenen Gründen große Schwierigkeiten, da eine Partei allein kein Amt übernehmen wollte. Wie wir hören, ist nunmehr eine Verständigung dahin erzielt, daß der Abg. Henrich das Finanzministerium und der Abg. Ullrich die Schulabteilung übernehmen wollen, wenn der Abg. v. Brentano das ihm angetragene Justizministerium übernimmt. Dieser ist grundsätzlich dazu bereit, erbot sich aber bis zum Abend Bescheid aus. Es ist zu erwarten, daß die Frage bis dahin erledigt und das Ministerium gebildet ist, als wahrscheinlich darf man aber annehmen, daß noch ein weiterer Sozialdemokrat eintritt. Der Staats- und Finanzminister sowie Minister des Inneren werden schließlich zu ihrer Tätigkeit in die Hände des neuen Ministers zu übergeben und die Beamten aufzufordern, auch weiterhin im Dienste des neuen Ministers ihre Pflicht zu tun. Staatsminister a. D. Einand wird vorläufig im Ministerhof in der Reichstraße wohnen bleiben und sein Wohnort Ullrich wird zunächst nur 2-3 Räume als Arbeits- und Wohnzimmer benutzen.

FC. Groppe, 12. Nov. In der Hofstraße des Herrn Mary dahier wurde in der vergangenen Nacht eingeschoben und eine Anzahl Hühner und Lebewesen gefangen. Ein unbekannter Täter entwendete aus dem Garten des Landwirts Reinheimer in Klein-Gera eine große Zahl zum trocknen aufgehängter Wästelchen von bedeutendem Wert.

Aus Hessen-Kassel.

FC. Hungen, 12. Nov. Eine große Volksversammlung in Wipshaus i. Taunus hat die Bildung eines Arbeiter- und Bauernrats vorgenommen und in Gemeinschaft mit einem später ins Leben gerufenen Arbeiter- und Bauernrat in Wehrheim dem hiesigen Landratsamt den Arbeiter- und Bauernrat als vollziehende Gewalt angeschlossen. Der Landrat von Wehrheim hat sich den Forderungen entgegen und wird die Entlassung besonders misliebiger Beamten vornehmen. Der Arbeiter- und Bauernrat fordert die Gemeinden des Kreises Hungen auf, ebenfalls solche Räte zu bilden, aus denen sich lokale Abordnungen dem Kreis- und Bauernrat angeschlossen werden. Die Polizeidirektion und Bürgermeister des Kreises bleiben in ihrem Amt und unterliegen dem Arbeiter- und Bauernrat des Kreises Hungen.

FC. Oberzell, 11. Nov. Die Zahl der Grippe-Erkrankungen die vor acht Tagen noch 108 betrug, ist auf 46 zurückgegangen.

FC. Bismarck, 11. Nov. Das Hofgut der Städte Frankfurt und Höchst hat auch im Lohausausweis volle Gültigkeit.

FC. Vom Untertannen, 11. Nov. Dem Händler Jak. Lehmann in Laufhagen wurde die Ausweisarte des Viehhändlerverbandes auf die Dauer von drei Monaten entzogen.

FC. Wiesbaden, 11. Nov. In einem ersten hiesigen Polizeiregiment trafen im November a. J. der Kaufmann Edward Teller aus Berlin-Schöneberg und sich ein solches solches Pelzmantel vorlegen. Er kaufte den Mantel, zahlte 50 Mk. darauf an und gab die Pelzhaare, ihm den Mantel per Rodnahme zu verkaufen. Man war hiermit einverstanden, gewahrte jedoch, als Herr Teller weg war, daß ein Stufenkellner im Werte von 866 Mk. infolge des Wertverlustes mit dem Pelzmantel nach kurzer Zeit wieder. Der Verdacht, den Mantel zu haben, lenkte sich auf Teller. Am Freitag d. J. kam aus Berlin-Schöneberg ein Paket mit einem fragwürdigen Abnehmer an, in dem der verdächtige Mantel der Firma wieder zugesandt wurde. Die Ermittlungen erbrachten, daß Teller den Mantel geschickt. Die Schiffe verurteilten heute den Mantel zu einem Monat Gefängnis.

FC. Wiesbaden, 11. Nov. Die Weinstube in den hiesigen Adolfsberg hat heute einen halben Herbst. Das Mostgewicht erob bis zu 88 Grad Dichte.

FC. Wiesbaden, 11. Nov. Heute nachmittag gegen 3 Uhr fand hier auf dem Marktplatz eine Volkskundgebung statt. In der vier Redner, Anrede des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates, unter großem Beifall der nach und nach ankommenden Zuhörer einen Überblick geben über den Lauf der Dinge, die das letzte erreichte Ziel zeigten und die Wünsche der hiesigen Regierung. Rednerpräsident Dr. a. Meißner und Oberbürgermeister Springmann wählten der Volkskundgebung an. Nach der Beschlusse formulierten die Zuhörer einen Tag, der sich unter Vorantritt einer Militärkapelle durch die Straßen der Stadt bewegte. Kreisrat Justizrat Kom. n. n.

FC. St. Goarshausen, 7. Nov. Der seit kurzem, seit zehn Monaten hier tätige Landrat Dr. Wolff ist plötzlich im 37. Lebensjahre gestorben.

FC. Oberkassel, 7. Nov. Die Grippe fordert hier auch große Opfer. Am letzten Sonntag lagen hier neun Tote, die der tödlichen Krankheit erlagen, aufgebahrt. Ein noch niemals hier beobachteter Fall.

FC. Niederwallstein, 7. Nov. Ein in Schifferkreisen sehr bekannte Persönlichkeit, der Schleusenmeister Gauß, ist hier im Alter von 60 Jahren gestorben.

FC. Weiburg, 12. Nov. Der „Weiburger Anzeiger“ geht unter Vorzeichen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Friedrich, Friedberg; für den Anzeigen-Teil: R. G. S. Friedberg, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, H. G. Friedberg i. S.

